**ÖDP-Kreisvorstand fordert Ende der 10-H-Regelung -**  „Jedes neue Windrad hilft aus der Abhängigkeit von Putin“

Bis zum 1. April läuft die Anhörung des Bayerischen Wirtschaftsministeriums zum neuen Landesentwicklungsprogramm (LEP), in dem es unter anderem um den Ausbau der regenerativen Energieversorgung geht. Da sich neben der Lokalpolitik in diesem Verfahren auch Privatpersonen und Verbände zu Wort melden können, hat sich der ÖDP-Kreisverband Traunstein insbesondere mit den Plänen zum Ausbau der Windkraft näher befasst und sieht hier keinerlei Besserung. „Da seit der Einführung der 10-H-Abstandsregelung in Bayern die Errichtung neuer Windkraftanlagen vollständig zum Erliegen gekommen ist, hilft es gar nichts, wenn im LEP zwar schöne Worte, aber keine Verbesserungen vorgeschlagen werden“, so der ÖDP-Kreisvorsitzende Georg Huber. „Vor Einführung der 10-H-Regelung gab es z.B. im Jahr 2013 in Bayern 400 Genehmigungsanträge für neue Windkraftanlagen, von 2017 bis 2019 nur je 7 bzw. 8 Anträge pro Jahr und 2020 keinen einzigen Antrag mehr. Wir fordern deshalb von der Staatsregierung die sofortige Abschaffung der 10-H-Abstandsregelung“, so der Waginger Gemeinderat weiter.

„**Windkraft ist die einzige Form erneuerbarer Sromerzeugung, die im Winter ihr Ertragsmaximum hat, wenn auch der Strombedarf am höchsten ist**“, so lautet es im Entwurf des Landesentwicklungsprogramms. „Diesen Satz kann ich voll und ganz unterschreiben, aber dann muss die Politik auch alles dafür tun, dass diese Energieform genutzt werden kann. Wir wissen, dass wir die Windkraft brauchen, um im Energiebereich von Putin unabhängig zu werden. Bayern soll sich im Rahmen der Landesentwicklungsprogramms jetzt hierzu klar positionieren“, sagt ÖDP-Klimaschutzexperte Hermann Hofstetter aus Truchtlaching. „Ich hoffe, dass alle Entscheidungsträger erkennen, welch wichtigen Beitrag die Windkraft auch in unserer Regionen zur Stabilisierung der Versorgungssicherheit beitragen kann, so Hofstetter weiter.

Seit dem Entwurf für das LEP im Dezember habe sich „bekanntlich die Welt verändert“. Politiker fast aller Parteien merken kritisch an, dass sich unser Land zu sehr in eine einseitige fossile Abhängigkeit begeben hat. Es setzt sich die Erkenntnis durch, dass wir mit unserem Energiehunger die Despoten der Welt erst in die Lage versetzen, unschuldige Nachbarstaaten zu überfallen. „Wir finanzieren mit unseren Gasrechnungen und Tankfüllungen die Kriegskassen von Putin und Co“, kritisierte die ÖDP-Kreisrätin Frau Dr. Ute Künkele. „Die Energieversorgung werde nun von vielen auch als eine Frage der nationalen Sicherheit gesehen. Die Versorgung mit erneuerbarer Energie müsse endlich als Beitrag zur Friedenssicherung erkannt werden. Jedes neue Windrad, jede Solaranlage schenkt uns ein Stück Unabhängigkeit von Putin. Jedes neue Windrad, jede Solaranlage sichert ein Stück Frieden in Europa“, so die Biologin aus Petting weiter.

Noch nie sei es so deutlich gewesen, dass die Abhängigkeit von fossilen Energielieferungen auch für die Wirtschaft in unserer Region eine enorme Gefahr in sich birgt. „Die möglichst autarke Versorgung mit erneuerbarer Energie wäre hingegen ein doppelter Beitrag für den Frieden. Denn auch der Klimawandel wird zunehmend zur Konfliktursache“, betont Bruno Siglreitmaier aus Chieming. „Das Anbiedern von manch unserer Volksvertreter in Ländern, die als Ersatz für russische Gas- und Öllieferrungen in Frage kommen, obwohl hier Menschen- /Arbeitnehmerrechte keinen hohen Stellenwert haben, ist beschämend“ so Siglreitmaier weiter. „Zudem muss doch nun auch dem letzten klar werden, dass ein weiteres ungehemmtes Fördern und Verbrennen dieser fossilen Stoffe, den nachfolgenden Generationen alle Möglichkeiten nimmt unter wenigstens einigermaßen erträglichen Umweltbedingungen zu leben“.
Bayern könnte mit der sofortigen Abschaffung der 10-H-Abstandsregelung ein deutliches Zeichen zur derzeit viel zitierten Zeitenwende beitragen“ so der ÖDP-Kreisvorsitzender und Waginger Gemeinderat Huber abschließend.

Nachdem sich jede(r) einzelne Bürger(in) in dem Anhörungsverfahren zum neuen LEP zu Wort melden kann, äußerte Huber auch den Wunsch, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger ihre Anregungen zum LEP unter lep-beteiligung@stmwi.bayern.de einreichen.